

ÖDP-Regionalverband Ostthüringen: Kommentar zur Kommunalwahl 2024 und Kandidatensuche für das Stadtratsamt



Liebe Bürger Ostthüringens, kennen Sie das auch?

In Debatten und Diskussionen über Thüringen und die Welt halten Sie sich mittlerweile raus und beißen sich auf die Zunge, obwohl Sie liebend gerne etwas loswerden wollen?

Sie gehen Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit konsequent aus dem Weg und verlegen – wenn überhaupt – ihre persönlichen Ansichten nur noch ins (geschützte) Private?

Sie selbst verzweifeln tagtäglich an der indifferenten Kultur öffentlicher Debatten über Asyl, Bildung, Gesundheit, Energie, Klima, Krieg, Migration und Verkehr und vermissen den Weitblick der aktuellen deutschen und europäischen Politik?

Sie haben Befürchtungen, entweder in die rechte oder in die linke „Ecke“ gesteckt zu werden, wenn Sie sich zu oben genannten Themen kritisch äußern wollen?

Sie lehnen eine verbindliche Quotenregelung für Parteien und Unternehmen ab weil Sie überzeugt davon sind, dass der Wettbewerb um die besten und nachhaltigsten Ideen unabhängig von Identitätsfragen geführt werden muss, wenn sie dem Gemeinwohl dienen sollen?

Sie haben verstärkt das Gefühl, dass ihr persönlicher Widerspruch bei bestimmten Themen als „Widerstand“ wahrgenommen und nachträglich politisiert wird?

Sie haben das Bedürfnis etwas verbal „loswerden“ zu müssen, finden aber keinen politischen Adressaten, der das Gesagte nicht sofort aus dem Zusammenhang reißt und ideologisiert?

Sie nehmen „Demokratie“ nicht mehr als einen Meinungsaustausch vieler wahr sondern zunehmend als medialer Austausch vieler Meinungen von Wenigen?

Sie beobachten passiv den Kampf um die Deutungshoheit von Narrativen in den Medien und können mit ihrer Meinung diesen Debatten aktiv nichts mehr hinzufügen oder sie beeinflussen?

Sie entwickeln immer stärker das Gefühl, dass die Meinungen derjenigen „da oben“ mit den Erfahrungen derjenigen „hier unten“ immer weiter auseinanderfallen?

Sie suchen händeringend und verzweifelt eine politische Konstante irgendwo in der Mitte der Gesellschaft, die noch nicht nach links oder rechts, ins Verschwörungsmilieu oder die Korruptionsszene weggerutscht ist?

Sie überlegen sich oder haben sich schon einmal überlegt auszuwandern, weil sie aufgrund der politischen Kurzsicht und Widersprüchlichkeit überhaupt nicht abschätzen können, wohin sich dieses Land, unsere Region und ihre Gesellschaft entwickelt?

Sie sind trotz allem in Ostthüringen geblieben, weil sie ihre Heimat lieben?

Wenn Sie bis hierhin schon gelesen haben und diese Fragen mehrheitlich mit „Ja“ beantworten können, dann liegen Sie mit der ÖDP nicht ganz falsch. Wir stehen für das Grau im politischen Schwarz-Weiß-Denken. Weil wir als ÖDP-Regionalverband Ostthüringen wissen, dass sich nicht nur unsere Mitglieder hin und wieder diese Fragen stellen sondern viele Bürger entlang Pleiße, Elster, Weida, Orla, Roda, Saale und Schwarza, hat unser Regionalverband in seiner ersten konstituierenden Sitzung am 26. Mai 2023 in Stadtroda seine inhaltliche Arbeit aufgenommen. Als Regionalverband werden wir bis

zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 wesentliche Schwerpunkte setzen, die uns für die Planungsregion Ostthüringen und insbesondere für Gera als Oberzentrum des ostthüringischen Raumes von besonderer Bedeutung erscheinen.

Suche nach Kandidaten für die Kommunalwahl in Gera

Ab sofort sind alle Bestrebungen der ÖDP Ostthüringen darauf ausgerichtet, Kandidaten für den Geraer Stadtrat zu finden und darüber hinaus einen Wechsel an der Verwaltungsspitze der Stadt Gera zu forcieren. Darum wissend, dass eine große Zahl von Wählern den aktuell amtierenden Oberbürgermeister in der Stichwahl 2018 nur deshalb gewählt hat, um ein AfD-Mitglied als Nachfolger von Oberbürgermeisterin Dr. Viola Hahn zu verhindern, muss sich selbst Herr Vonarb als parteiloser amtierender Verwaltungschef von Gera eingestehen, dass seine vollmundigen Wahlversprechen an der knallharten Realität gescheitert und nach 5 Jahren immer noch nicht eingelöst sind. Sein erneuter Wahlantritt 2024 kann daher nur aus formal-rechtlichen Gründen Relevanz beigemessen werden; zahlreiche Wahlkampfspender von 2018 dürften sich mit Blick auf die mageren Ergebnisse seiner Wahlkampfziele enttäuscht zeigen.

Der RV der ÖDP in Ostthüringen hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, mehr Transparenz und politische Mitbestimmung für Bürger gerade bei sensiblen Themen wie Stadtentwicklung, Inklusion und Teilhabe durchzusetzen. Völlig auf dem Holzweg sind daher die Bestrebungen des OB aus den vergangenen Jahren, vormals öffentliche Stadtratssitzungen zukünftig nur noch hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Forderungen nach mehr Transparenz bei Beschlüssen auf Bundesebene lassen sich natürlich auch auf das Land und die kommunale Ebene übertragen. Dies ist umso wichtiger, da kommunale Akteure oft noch weitreichender miteinander vernetzt sind im politischen und wirtschaftlichen Alltag. Auch die personellen Verflechtungen eines potentiellen OB-Kandidaten sollten zukünftig genauer analysiert und offengelegt werden; wer seinen Wahlkampf nicht aus eigener Tasche bezahlen kann oder will, muss damit rechnen, dass zumindest eine Vitamin-B-Überdosierung im Wahlkampfmarathon Skepsis bei vielen Einwohnern einer Kommune hervorruft. Die Kontrolle durch den Souverän – die Bürger – ist wichtig und richtig und erhöht damit die Akzeptanz politischer Entscheidungen der Verwaltungsspitze und von Beschlüssen des Stadtrates.

Schaffung eines kommunalen Transparenzregisters

Diese Art des transparenten Vorgehens sollte nach Meinung der ÖDP eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Stadträte aus allen politischen Lagern kritisieren u.a. die ineffektive Verwaltungsarbeit in der 95.000-Einwohner-Stadt und die oftmals nicht fristgerechte Zuarbeit für Ratsbeschlüsse. Ein für diese Zwecke überarbeitetes und digitalisiertes *transparentes Verfahren* für kommunale Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten wurde bis dato noch nicht parteiübergreifend initiiert. Ein kommunalisiertes *Transparenzregister* für Bau und Stadtentwicklung hat unter anderem den Vorteil, stadtpolitische Akteure von finanzwirtschaftlichen Investoren zu unterscheiden und gegebenenfalls zu entkoppeln. Zwar gibt es eine Übergangsregel für Unternehmen bis zum 31.12.2023 für das seit dem 01.08.2021 als Vollregister geführte *Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz Geldwäsche*, das durch die Bundesanzeiger Verlags GmbH geführt wird. Bis spätestens Jahresende müssen dann endlich auch Einzelunternehmer, eingetragene Kaufleute und GbR´s ihrer Eintragungspflicht nachkommen. Leider – und das macht sich vor allem auf kommunaler Ebene negativ bemerkbar – gibt es noch immer viel zu wenig Transparenz im deutschen Immobilienmarkt, der damit für Steuer-

vermeidung, Geldwäsche und anonyme Investoren weiterhin ein Paradies bleibt. Noch immer werden Großprojekte („Quartierentwicklung“) von Stadträten gebilligt, ohne dass diese städtebaulichen Vorhaben im Vorfeld detailliert allen Anwohnern in der Nachbarschaft und Bewohnern der angrenzenden Wohnquartiere schriftlich bekannt gegeben werden. Noch schlimmer: berechnete Fragen der Einwohner zum Investor bleiben mit Verweis auf „Datenschutz“ regelmäßig unbeantwortet. Anonyme ausländische Besitzer („Firmen“) von Altbauten, die ihre Immobilien über Jahre und Jahrzehnte unfertig saniert im Stadtgebiet Geras zurücklassen, verhindern zudem eine nachhaltige Stadtentwicklung und erhöhen künstlich den Druck auf den Wohnungsmarkt, weil theoretisch ausreichend Wohnkapazität somit praktisch nicht zur Verfügung steht. Auf der diesjährigen re:publica veranstaltete Transparency Deutschland erstmals ein eigenes Panel, in der das Potential der Digitalisierung und von Open Data bei der Bekämpfung von Geldwäsche thematisiert wurde.

<https://correctiv.org/aktuelles/wem-gehoert-die-stadt/2021/08/26/grundbuch-transparenz-im-immobilienmarkt-bei-diesen-baustellen-kommt-die-regierung-kaum-voran/?lang=de>

Nach Meinung der ÖDP muss die Stadt Gera dringend dazu befähigt werden, mit einer effizienten Digitalisierung ihrer Verwaltung einerseits bürokratische Hürden und kostspieliges Verwaltungspersonal abzubauen, andererseits effektiv der Geldwäsche vorrangig im Immobiliensektor den Kampf anzusagen! Mit der ÖDP im Stadtrat würde zudem eine unmittelbare Gestaltung der B-Plan-Fläche nach einer Baugenehmigung erfolgen und keinen weiteren Verzug der Entwicklung erlauben. Andernfalls sollte die Baugenehmigungsphase von derzeit 3 Jahren auf 12 Monate verkürzt werden, um einer automatischen Neubewertung hinsichtlich Klima-, Umwelt- und Hitzeschutz von rechtlicher Seite nicht weiterhin im Wege zu stehen. Tatsache ist, dass die fachlich notwendigen Neubewertungen vieler Vorhaben im kommunalen Städtebau durch Klima – und Ressourcenmanager rechtlich nicht umsetzbar sind, weil dem neuen privaten Flächeneigentümer viel zu viel zeitlicher Spielraum bei der tatsächlichen Umsetzung seiner Bauvorhaben eingeräumt wird. Auch muss die rechtliche Grundlage geschaffen werden, bereits durch den Stadtrat beschlossene Bebauungspläne ohne Baugenehmigung regelmäßig im Jahresrhythmus evaluieren und neu bewerten zu können mit Blick auf die Nachhaltigkeit des Projektes. „Nachhaltigkeit“ darf sich zukünftig nicht mehr nur am Projekt selbst messen lassen, sondern muss gekoppelt werden an die Situation und Bedürfnisse im Quartier, im Stadtteil und der Gesamtstadt. Dem Klimamanager müssen dafür endlich entscheidende Kompetenzen im Baudezernat – bestenfalls im Stadtplanungsamt – eingeräumt werden! Das aktuelle Vorgehen der Kommunen führt nachvollziehbar zu Frust und Ablehnung im Wohnviertel, wenn Stadtnatur unmittelbar nach B-Plan-Beschluss oder offizieller Baugenehmigung vernichtet wird, bis zur Grundsteinlegung aber noch weitere Jahre(!) vergehen und Einwohner und Besucher der Stadt jahrelang mit wüstenähnlichen Brachflächen verschreckt werden. Noch schlimmer als für Menschen steht es dabei für den Natur- und Artenschutz. Dieser ist nach der Philosophie der ÖDP allerdings unabdingbare Voraussetzung aller weiterer politischer Planungen und Konzepte. So wäre vielen Städten schon geholfen, Folgeschäden von lokalen Wetterextremen gering zu halten, wenn dem Klima- bzw. Naturschutzbeauftragten einer mittelgroßen Kommune bereits bei der Entwicklung des Flächennutzungsplans eine übergeordnete Mitsprache bzw. Einflussnahme mit Präventivcharakter zugestimmt werden würde.

Gewerbe und 5G-Mobilfunk versus Naturschutz

Auch in der Geraer Verwaltung sollte die Kenntnis mittlerweile die Runde gemacht haben, dass effektiver Klima- und Umweltschutz mittelfristig nur mit einer nachhaltigen, langfristig angelegten Stadtentwicklungspolitik umgesetzt werden kann. Herr Vonarb hat seit 2018 die Amtsgeschäfte als Stadtvater übernommen – er muss sich aber die berechnete Frage stellen lassen, welche Vision er von Gera – dem Tor zum Thüringer Vogtland – hat. Eine Vision, eine Philosophie oder gar ein Konzept für die Stadt insgesamt sind seit seiner Amtsübernahme nicht erkennbar. Stattdessen wird die seit Jahren bestehende Mangelverwaltung weiter fortgesetzt. „Mangel“ kann man nicht mit dem Verkauf brachliegender kommunaler Flächen kompensieren. Damit wird die Problematik nur verschärft, wie wir das bspw. an der Abwanderung von Industrie- und Gewerbeproduktion in den Landkreis Greiz feststellen können. In den letzten 25 Jahren hat die Stadtverwaltung vor allem aufgrund des Einwohnerrückgangs kontinuierlich Fläche an den angrenzenden Landkreis verloren bzw. freiwillig abgegeben. Kleine Ortschaften außerhalb Geras erleben einen Bau- und Gewerbeblühenaufschwung – Flächen, die früher geographisch und steuerrechtlich der kreisfreien Stadt Gera zugeordnet waren und nun im „Greizer Speckgürtel“ liegen.

Was macht die Stadtverwaltung stattdessen? Auf der händeringenden Suche nach Gewerbetreibenden und Investoren im geschrumpften Geraer Stadtgebiet werden auf Kosten von innerstädtischer Naherholung, Natur-, Arten, Klima- und Hitzeschutz ehemals kommunale unversiegelte Brach- und Grünflächen unvermindert durch B-Plan-Beschlüsse „aufgewertet“ und irgendwann bebaut. „Irgendwann ist irgendwann zu spät!“ sagen wir Öko-Demokraten, denn der Bevölkerungsschutz hat für uns oberste Priorität! Bürgerinitiativen und Umweltverbände in Gera haben schon vor Jahren auf das Problem des fehlenden (natürlichen) Hitzeschutzes aufmerksam gemacht! Der Umweltamtsleiter empfiehlt den Bürgern zur Abkühlung in den kühleren Martinsgrund samt angeschlossenen Tierpark zu gehen. Der dort zweifelsohne nach einem wissenschaftlichen Konzept neu entstandene, knapp 1 ha große „Klimagarten“ kann trotz 2-3°C niedrigeren Temperaturen aber nicht die Ökosystemdienstleistung für eine Stadt mit einer Einwohnerzahl von knapp 100.000 Menschen erbringen!! Schutz vor Extremwetter und lokalen Naturkatastrophen können wir vorausschauend nur durch innerstädtischen Flächenausgleich begegnen. Präventive Stadtplanungspolitik ist für eine chronisch finanzschwache Kommune wie Gera umso wichtiger, weil sie im Endeffekt viel preiswerter ist als ein nachträglich invasiver, technologiegestützter und personell ressourcenraubender Katastrophenschutz. Theoretisch „ja“, praktisch „nein“ erklärt der Umweltamtsleiter außerdem beim Bürgergespräch am 21. Juni in einer Seniorenwohnanlage, und führt mit Blick auf das Prinzip „Schwammstadt“ die finanziellen Herausforderungen der Stadt beim Rückbau von Wohnraum und die notwendige Beseitigung unterirdischer Versorgungsleitungen am Beispiel Lusan an. Theoretisch „ja“ und praktisch auch „ja“ widerspricht die ÖDP, denn „Schwämme“ werden logischerweise nur dort gebraucht, wo Wasser auch hinfließt oder schlecht abfließen kann. Lusan und Bieblach-Ost müssen als Stadtteile in Hanglage mit 215 m bzw. 230 m ü. NN (vgl. Marktplatz 205 m ü. NN; Elsterbett 180 m ü. NN) nicht zu Schwammorten umgebaut werden. Das bedeutet insbesondere für die Innenstadt und Ortsteile wie Liebschwitz, Zwötzen, Debschwitz und Untermhaus die Entsigelung von Boden zur Schaffung von „Schwämmen“, im Gegensatz zur anhaltend praktizierten Versiegelungsoffensive. Es hätte der Stadt auf lange Sicht gar nichts gekostet, wenn vormals unbebaute Flächen ohne unterirdische Versorgungsstruktur auch

unbebaut geblieben wären! Schon allein der defizitären Haushaltslage wegen sollte „Nachhaltigkeit“ der Stadt kein Fremdwort bleiben!

Die zudem katastrophale Bilanz der Stadt in Sachen „Baum- und Gehölzschutz“ wird dadurch unterstrichen, dass mittlerweile selbst Mitglieder der AfD öffentlichkeitswirksam eine Anpassung der kommunalen Baumschutzsatzung anregen. Eine 180°-Wende des AfD-Kreisverbandes bei Fragen des Natur- und Klimaschutzes darf stark bezweifelt werden, finden doch nach wie vor bspw. offizielle EIKE e.V.-Treffen in Geras Stadtzentrum statt. Nichtsdestotrotz trifft das lautstarke Nachdenken über die aktuell gültige Baumschutzsatzung einen Nerv. Fakt ist außerdem, dass für industrielle Produktion und Gewerbe „5G“ mittlerweile als Standard definiert wird und in ausgewiesenen Industriestandorten mit hoher Technologierate 5G als Minimum zu bewerten ist. Das scheint leider nur der Anfang zu sein und ist aus ÖDP-Sicht höchst bedenklich im Hinblick auf den Gesundheitsschutz der Gesamtbevölkerung, weil wegen fehlender Langzeitstudien zu 5G – ähnlich bei neuen Technologien wie KI – noch keine abschließenden Erkenntnisse veröffentlicht werden können. Bereits schon jetzt sind allerdings gravierende Zusammenhänge feststellbar. So ist mittlerweile bewiesen, dass im Zusammenhang mit flächendeckendem 5G+ das Insekten- und Singvogelsterben überproportional zugenommen hat.

<https://www.oekologiepolitik.de/2023/05/15/je-naeher-am-mast-desto-weniger-insekten/>

Es kann bisher darüber spekuliert werden, ob die erhöhte Funkstrahlung die Hauptursache des Insektensterbens ist, oder die Vernichtung ihres Lebensraumes als Voraussetzung für die Schaffung von 5G. Denn dieser Zusammenhang ist mittlerweile wissenschaftlich belegt: ausgewachsene Bäume mit großer Krone und dickem Stammumfang behindern in erheblichem Maße ein flächendeckendes 5G-Netz.

Torpediert die Stadtverwaltung somit die Entwicklung von grünen Naherholungsflächen und Stadtgrün, um flächendeckenden 5G-Standard in der Innenstadt zu gewährleisten? Werden deshalb zahlreiche „Ausgleichspflanzungen“ an den Stadtrand von Gera verlagert oder gar – wie neulich auf einer Bürgerversammlung in Untermhaus erfahren – Ausgleichszahlungen favorisiert? Müssen deshalb Tiere, Pflanzen und Einwohner dieser Stadt leiden, weil Gera es über Jahre versäumt hat, seine potentiellen Industrie- und Gewerbestandorte an den Rändern der Stadt infrastrukturell zu entwickeln, wo natürlicherweise bessere 5G-Standards wegen weniger „störender“ Vegetation vorzufinden sind? Die ÖDP möchte zudem daran erinnern, dass die einseitige Vermarktung Geras als „Smart City“ einhergeht mit massiven Baumfällungen im Innenstadtbereich und unterlassenen standortnahen Ausgleichspflanzungen. „Smart City“ kann nur dann einen Sinn und langfristigen Nutzen ergeben, wenn eine gesamtplanerisch analog entwickelte Stadtentwicklungsstrategie mitsamt zukunftsweisendem innerstädtischem Mobilitäts- und Verkehrskonzept per Stadtratsbeschluss unter direkten Beteiligungsmöglichkeiten durch die Bevölkerung als Grundlage gegeben ist. Erst danach ist eine „SMARTCity“-Strategie begleitend auch planerisch umsetzbar und nachhaltig. Wer profitiert letztlich von einer „Smart City“-Stadt, deren Verwaltungseffizienz noch immer im digitalen Steinzeitalter steckengeblieben zu sein scheint, wir uns „inklusiv“ aber 24/7/365 jederzeit und überall mit „Echtzeitdaten“ aus Gera versorgen können?

S.O.S. – Sauberkeit. Ordnung. Sicherheit. – durch Smart City?

Das finanziell geförderte Smart City-Projekt wird vom amtierenden Oberbürgermeister als Prestige-Erfolg gefeiert, ohne das die Geraer Bürger wissen, wohin die Reise ihrer Stadt insgesamt geht und welche langfristigen Vorteile sie davon haben. „Leben in der Stadt von Morgen“ bedeutet dann zwar, mit der Verfügbarkeit von freiem WLAN immer und überall digital unterwegs zu sein, auf grüne Naherholungsflächen mit Sitzgelegenheit im Innenstadtbereich und öffentlichen WCs aber weiterhin verzichten zu müssen. Sogar die Energiewende soll nun mit Smart City gemeistert werden können, obwohl die Stadt – ganz ohne „Smart City“ – finanzielle Förderung für bspw. Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern einfach verfallen lässt.

Die ÖDP erinnert in diesem Zusammenhang an die langanhaltenden Diskussionen um Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt – der größte Dreck ist dort zu finden, wo größere Gruppen potentieller Schmutzfinken ihre Freizeit digital in freien WLAN-Hotspots nutzt. Die nun bald bevorstehende Videoüberwachung der Bürger in der Innenstadt wird von der ÖDP Ostthüringen als billige Wahlkampfstrategie des Oberbürgermeisters interpretiert – das S.O.S.-Problem existiert schon viel zu lange, um dieser kurzfristigen Initiative langfristigen Glauben zu schenken. Die ÖDP merkt außerdem an, dass im Falle von Demonstrationen zwar theoretisch das Vermummungsverbot gilt, die Stadt aber weiterhin die praktische Handhabe und Strategie im Umgang mit rechten, linken und religiösen Extremisten vermissen lässt. Daher fordern wir als Regionalverband für Gera und alle anderen Kommunen in Ostthüringen eine 3-6 monatige „Testphase“ der Videoüberwachung an sozialen Brennpunkten und eine anschließende Evaluierung durch Polizei und Ordnungsamt, um herauszufinden, inwieweit die Aufklärungsquote durch den Einsatz elektronischer Überwachungsmedien erhöht werden konnte. Eine allgemeine Überwachung der Bürger erklärt die ÖDP eine klare Absage – gerade vor dem Hintergrund der digitalen Stadtentwicklungsstrategie und der wachsenden Vermummungsquote in der Bevölkerung. Wer nichts zu verbergen hat der zeigt Gesicht! „Gesicht zeigen“ bekommt in einer Demokratie dann noch einmal eine andere Bedeutung als der mediale Kampf gegen unliebsame politische Ideologien. Wir ÖDPler behaupten außerdem, dass mit der aktuellen SmartCity-Strategie der Stadt Gera die größte aber vulnerabelste soziale Gruppe weitestgehend von der Teilhabe am städtischen Leben ausgeschlossen wird: Senioren, die zwar mittlerweile überwiegend barrierefrei mit Gehhilfen und Rollstühlen den ÖPNV benutzen können, von „Smart City“ aber größtenteils gar nicht profitieren, weil sich ihr Leben hauptsächlich analog abspielt. Die zudem stets wachsende Gruppe von Menschen mit Elektrosensibilität beträgt mittlerweile 5% der Gesamtbevölkerung – Tendenz steigend – und muss daher auch bei der Stadtplanung mit bedacht werden.

<https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/elektrosensibilitaet-ist-eine-volkskrankheit>

Möchte die Stadt wirklich inklusiv sein, dann schafft die Verwaltung für ihre Einwohner innerstädtische Rückzugsräume mit geringer oder gar keiner Funkstrahlung. Konkret sollte jeder Einwohner dieser Stadt über ein Referendum selbst entscheiden können, ob für die individuelle Lebensqualität eine Sitzgelegenheit mit regelmäßig geleertem Müll-eimer unter einem großen schattenspendenden Laubbaum mit Vogelgezwitscher entscheidend ist, oder eine Smart-City-Bank in praller Sonne an einem Hauptverkehrsknotenpunkt Geras.

Personalkarussell in der Stadtverwaltung

Kommunikationsdefizite bestehen nicht nur in der Vermittlung der konkreten Sinnhaftigkeit von geförderten Einzelprojekten für die Geraer Stadtbevölkerung allgemein, sondern ganz offensichtlich auch beim Thema „Personal“ der städtischen Verwaltung. Dabei ist es aus Sicht der ÖDP zweitrangig, ob leitende Angestellte fristlos gekündigt wurden, gegangen worden sind oder freiwillig das Handtuch werfen: auf die Gesamtbilanz kommt es an – und die ist desaströs! Einerseits leistet sich die Stadt seit 2019 den im Rahmen einer Projektförderung durch das Bundesumweltministerium eingestellten Klimamanager, unter dem zu Beginn seiner Amtszeit der Klimapavillon für ein paar Monate in Geras Stadtzentrum geholt wurde. Der Pavillon ist mittlerweile weitergezogen und abgesehen vom Projekt „Stadtradeln“ hört, sieht und liest man nichts mehr vom amtierenden Klimaschutzbeauftragten. Wurde die extern geförderte Stelle des Klimamanagers der Stadt zum Feigenblatt in Sachen Naturschutz? Geraer Bürger mussten in letzter Zeit indes öfter von fehlendem Personal in Musikschule und Ordnungsamt hören und lesen. Die jüngsten Nachrichten von – nach eigenem Wunsch hin – kündigten Tierparkleiter und Stadtplanungsamtsleiter erwecken zudem den Eindruck, dass sich eine gewisse Demotivation unter den leitenden Angestellten der Stadt Gera manifestiert hat. Offensichtlich wird noch vor Amtsübernahme nicht klar und deutlich vom Arbeitgeber kommuniziert, welchen finanziellen Spielraum die Stadt bei Projekten aller Art hat – nämlich gar keinen! Die „gestalterische Freiheit“ in den Fachdiensten liegt darin begründet, immer mit Blick auf eine Gesamtstrategie zu handeln, um nicht auf unabsehbare Zeit den Mangel weiter verwalten zu müssen. Dass die steigende Frustrationsrate bei Stadtangestellten mit einem fehlenden Gesamtkonzept einhergeht, versteht offensichtlich bisher nur die ÖDP. Vor diesem Hintergrund übt unser Regionalverband auch scharfe Kritik an den kontinuierlich steigenden Kosten für immer mehr Verwaltungsangestellte, und immer weniger konkrete Lösungen und Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger, wie jüngst das Bürgergespräch am 6. Juni im Hofgut mit dem Oberbürgermeister eindrücklich zeigte. Einerseits wirkt es charmant, wenn der Stadtvater sich bei öffentlichen Bürgergesprächen demonstrativ schützend vor seine Verwaltungsmitarbeiter stellt. Andererseits sollte auch ein Oberbürgermeister wissen: jedes Schiff braucht einen Kapitän und die Schiffsmannschaft damit eine Führung. Jedes Schiff braucht dazu einen Kompass um zum Ziel zu kommen – wenn dieser auf der Reise verlorenging oder möglicherweise von Anfang an nicht vorhanden war, kann entweder die Fahrt nicht weiter fortgesetzt werden, oder der Kapitän muss von Bord. Dafür gibt es glücklicherweise alle 6 Jahre Kommunalwahlen, wo Bürger den Kapitän zurück an Land schicken können, um dort den Kompass zu suchen. Und damit verbindet sich die Chance einen anderen Kapitän zu finden, der schon länger wartend einen gut geeichten Kompass in der Hand hält.

Kandidatensuche für den Stadtrat

Dieses Bild vermittelt sehr konkret die aktuelle Situation der ÖDP Ostthüringen. Wir sind überzeugt, dass unser kommunalpolitisches Konzept in Verbindung mit dem Grundsatzzprogramm der ÖDP den besten aller Kompass bieten wird den es dazu braucht, um dieser Stadt endlich ihr Gesicht wiederzugeben. Allein was uns noch fehlt sind Personen, die diesen Kompass entgegennehmen und bereit sind, das Schiff zu navigieren. Dabei gilt es, die vermeintlich vielen Defizite von Gera wissenschaftlich-objektiv zu betrachten und in ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept zu übertragen. Das kann nicht von einem Tag auf den anderen gelingen; die praktische Umsetzung wird mindestens 2 Legislaturperioden beanspruchen. 2037 feiert Gera ein historisches Ereignis – 800 Jahre

Stadtrecht! In den nächsten 13 Jahren muss eine Stadtverwaltung zusammen mit dem Stadtrat also etwas hinbekommen, was in den letzten 90 Jahren schlichtweg vernachlässigt wurde: der Stadt ihre Würde zurückzugeben! Konkret bedeutet das, sich von den DDR-Altlasten zu befreien und selbstbewusst dem neuen (und alten) Rechtspopulismus die Stirn zu bieten, damit Gera wahre Identität einen würdigen Rahmen für die 800-Jahr-Feier bilden kann.

Wer sich also mit einer objektiv-wissenschaftlichen, dem Gemeinwohl orientierten Herangehensweise anfreunden, und sämtlichem Lobbyismus in dieser Stadt widerstehen kann;

Wer unser schönes Ostthüringen seit mindestens 20 Jahren mit oder ohne Unterbrechung seine „Heimat“ nennt;

Wer bereit wäre, im Falle des Falles einer erfolgreichen Kandidatur in die „Goldene Spatz“-Stadt Gera zu ziehen;

Wer bereit wäre, sämtliche Nebeneinkünfte offenzulegen und bei einer erfolgreichen Kandidatur gegebenenfalls darauf zu verzichten;

Wer außerdem seinen Kontostand, seinen Impfstatus und seine Kreditwürdigkeit aus Datenschutzgründen privat halten will;

Wer in seinem bisherigen Leben schon mindestens einmal eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Rolle übernommen hat – beispielsweise als Sorge-und/oder Erziehungsberechtigter eigener oder angenommener Kinder, als pflegender oder betreuender Angehöriger oder als Mitarbeiterin in einem „systemrelevanten“ Berufsfeld,

der oder **die** möge sich bitte bei unserem Regionalverband melden! Sie müssen keiner Partei angehören, um politisch aktiv zu werden!

Für unverbindliche Anfragen, konkrete Wünsche oder Hinweise und allgemeinen Informationen steht Ihnen ab sofort die Email info@oedp-ostthueringen.de zur Verfügung.

Mit einem Zitat von Marie von Ebner-Eschenbach möchten wir unserem offiziellen Start der **Suche nach geeigneten Kandidaten für den Stadtrat** abschließend Nachdruck verleihen:

„Die Großen schaffen das Große, die Guten das Dauernde.“

Seit 1982 gewinnt die ÖDP mit ihrem Wahlslogan *ÖDP! DAS GUTE GEWINNT*. kommunalpolitische Mandate im gesamten Bundesgebiet. Warum also nicht auch endlich 2024 und 2025 für unsere schöne ostthüringische Heimat?

Haben sie Mut! Mut tut gut!

DAS GUTE GEWINNT!

